

Studienpläne Fachbereich Rechtspflege Hauptstudium II

Inhaltsverzeichnis

Antragsaufnahme und Abfassen von Entscheidungen

Insolvenzordnung

Justizverwaltung und Organisationswesen

Registerrecht

Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung

Antragsaufnahme und Abfassen von Entscheidungen

Vorbemerkung

Die Aufnahme dieses Lehrgebietes in den Studienplan für den 4. Abschnitt soll eine intensivere Vorbereitung des Anwärters auf einen bisher in der Ausbildung vernachlässigten Teil der Tätigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers gewährleisten. Die Erfahrung zeigt, dass es den Anfängern auf der Rechtsantragstelle selbst bei ordentlichen Rechtskenntnissen Schwierigkeiten bereitet, den Erfordernissen entsprechende Anträge zu formulieren und diese sachgerecht zu begründen. Dasselbe gilt - in allen Rechtsbereichen - für die Begründung gefällter Entscheidungen.

Gerade diesen Tätigkeiten kommt aber in der Praxis besondere Bedeutung zu. Fehler oder Versäumnisse bei der Aufnahme von Anträgen können bereits wesentlich den Ausgang eines Verfahrens bestimmen oder etwa den Verlust von Rechten herbeiführen. Bei Entscheidungen jeder Art vermag nur eine logisch aufgebaute, durchdachte Begründung dem Verfasser selbst die Richtigkeit seiner Ergebnisse darzulegen. Die sprachliche Darstellung muss den Parteien die Gründe der Entscheidung verständlich machen und deshalb ruhig, klar und einfach, aber bestimmt und überzeugend sein. Unzureichend oder unverständlich begründete Entscheidungen führen zu vermehrter Einlegung von Rechtsbehelfen und damit Mehrbelastungen der Gerichte sowie Kosten, Zeitaufwand und Ärger der Parteien oder Antragsteller, die bei guter und überlegter Arbeit vermeidbar sind.

Die Übungen sollen in den Bereichen Zivilprozess, Freiwillige Gerichtsbarkeit und Strafprozess durchgeführt werden. Es liegt auf der Hand, dass dabei nicht alle Gebiete behandelt werden können, in denen Anträge aufgenommen und von der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers Entscheidungen begründet werden müssen. Das ist jedoch auch gar nicht erforderlich, da Aufgabe dieses Kurses nicht die Vermittlung rechtlichen Stoffes, sondern die methodische Ausbildung in dem oben dargestellten Sinne ist und dazu die praktische Formulierungsübung im Vordergrund zu stehen hat.

Dabei sollten zwar die wesentlichsten in der Praxis vorkommenden Arbeitsformen erfasst werden, die Anlage des Unterrichts kann aber unterschiedlich sein. Die konkrete Auswahl der Themen bleibt deshalb der jeweiligen Lehrkraft vorbehalten, die anschließende Auflistung ist weder verpflichtend noch abschließend.

Im Rahmen der Übungen ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass nicht nur Entscheidungen eines bestimmten Aufbaus bedürfen, sondern auch die protokollierten Anträge möglichst im Entscheidungsstil systematisch abgefasst und wenn notwendig, schlüssig begründet sein sollten.

Die Bedeutung und der Anwendungsbereich der Protokollierung von Anträgen und Erklärungen ist herauszustellen, auf die Erfordernisse einer wirksamen Niederschrift zur Geschäftsstelle einzugehen. Dabei ist besonders darauf hinzuwirken, dass die Rechtspflegerin oder der Rechtspfleger auf den Inhalt der Erklärungen gestaltend einzuwirken und die Verantwortung zu übernehmen hat, was mit einer Belehrungs- und Beratungspflicht verbunden ist. Die Abgrenzung zum Beratungshilfegesetz ist deutlich zu machen.

Auch sollte auf die Problematik der Neutralität bei Antragsaufnahme und Beratung für widerstreitende Parteien und die darauf folgende Entscheidung durch die antragsaufnehmende Rechtspflegerin oder den antragsaufnehmenden Rechtspfleger eingegangen werden.

Teil I Strafprozess

1. Privatklage

Anklageschrift - Sühneversuch, Befreiung - Strafantrag, Antragsfristen - Prozesskostenhilfe

2. Rechtsmittel

Beschwerde, Berufung, Revision - Revisionsanträge und ihre Begründung, Sachrüge, Verfahrensrüge - Form, Frist -, Beratungs- und Belehrungspflicht, Übernahme der Verantwortung durch die aufnehmende Rechtspflegerin oder den aufnehmenden Rechtspfleger, obergerichtliche Rechtsprechung

Teil II Zivilprozess

A. Anträge zu Protokoll der Geschäftsstelle

1. Mahnverfahren

Mahnantrag, Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids, Vordruckzwang, Rechtsbehelfe, einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

2. Zivilklage

Klageschrift, § 253 ZPO - Prozesskostenhilfe

3. Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes

Einstweilige Verfügung - Arrest

4. Vollstreckungsschutz

§ 765 a ZPO - Erinnerung gemäß § 766 ZPO - Schutzantrag bei Kontenpfändung - einstweilige Einstellung

B. Entscheidungen**1. Mahnverfahren**

Zurückweisung eines Mahnantrages - Zurückweisung eines Antrags auf Erlass eines Vollstreckungsbescheides

2. Vollstreckungsschutz

§ 765 a ZPO - Kontenpfändungsschutz - einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung gemäß § 769 Abs. 2 ZPO

3. Bekanntmachung von Beschlüssen**Teil III Freiwillige Gerichtsbarkeit****A. Anträge zu Protokoll der Geschäftsstelle****1. Rechtsbehelfe**

Beschwerde - Rechtsbeschwerde

2. Anträge in Familiensachen

Vor Anhängigkeit eines Ehescheidungsverfahrens, vorläufiger Rechtsschutz - Sorgerecht, Aufenthaltsbestimmungsrecht, Umgangsregelung, Zuweisung der Ehewohnung - Antrag gemäß § 35 FamFG

B. Entscheidungen**1. Zwischenverfügung und Zurückweisung in Grundbuchsachen****2. Gerichtliche Genehmigung - Versagung****3. Nachlasspflegschaft - Zurückweisung des Antrags****4. Anordnung der Einziehung eines von der Rechtspflegerin oder dem Rechtspfleger erteilten Erbscheins****5. Bekanntgabe, §§ 15, 41 FamFG**

Insolvenzordnung

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen in den Lehrveranstaltungen in erster Linie mit den Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in den Verfahren nach der Insolvenzordnung vertraut gemacht werden.

Diese Verfahren gehören nach dem Rechtspflegergesetz zum Bereich der Vorbehaltsübertragungen. Hieraus ergibt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Richter und Rechtspfleger. Die Verzahnung der verschiedenen Verfahrensabschnitte mit ihren unterschiedlichen funktionellen Zuständigkeiten macht es erforderlich, dass die Studierenden auch mit den Aufgaben vertraut gemacht werden, die unter dem Richtervorbehalt des § 18 RPfIG stehen.

Im Bereich des materiellen Insolvenzrechts (dritter Teil der InsO) und bzgl. der Tätigkeit des Insolvenzverwalters im Einzelnen sollen nur Grundkenntnisse vermittelt werden, die zum Verständnis des Gesamtverfahrens und für die Überwachung der Tätigkeit des Insolvenzverwalters erforderlich sind.

Neben den Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Insolvenzverfahren sind die Studierenden auch mit den Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf andere in die Zuständigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers fallende Rechtsgebiete vertraut zu machen. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Zwangsvollstreckungs-, Grundbuch- und Registerrechts. Weiterhin sind aufgrund von § 18 Abs. 4 RPfIG die insolvenzspezifischen Besonderheiten im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht sowie im Rechnungswesen darzustellen.

1. Ziele und Funktion des Insolvenzverfahrens

Unternehmensinsolvenz - Verbraucherinsolvenzen und sonstige Kleinverfahren

2. Das Eröffnungsverfahren

Zuständigkeiten - Antragsberechtigung, Eigenantrag des Schuldners, Gläubigerantrag - Inhalt des Antrags - Insolvenzfähigkeit - Insolvenzgründe - Sicherungsmaßnahmen - Abweisung mangels Masse

3. Die Verfahrenseröffnung

Inhalt des Eröffnungsbeschlusses - weitere Maßnahmen und Anordnungen, Veröffentlichungen, Benachrichtigungen, Zustellungen, Grundbuchersuchen, Postsperrung - Wirkungen der Verfahrenseröffnung, Verlust des Verwaltungs- und Verfügungsrechts, Vollstreckungsverbot, Prozessunterbrechung - Pflichten des Schuldners

4. Organe des Insolvenzverfahrens

Der Insolvenzverwalter, Aufgaben und Pflichten, insbesondere handelsrechtliche- und steuerrechtliche Rechnungslegungspflichten, Überwachung durch das Insolvenzgericht, Vergütungsanspruch - der Gläubigerausschuss, Einsetzung durch das Gericht bzw. die Gläubigerversammlung, Aufgaben und Pflichten, Beschlussfassung, Vergütungsanspruch - die Gläubigerversammlung, Rechte, Einberufung, Beschlussfassung, Feststellung des Stimmrechts

5. Auswirkungen der Verfahrenseröffnung auf Rechtsgeschäfte

Erfüllung der Rechtsgeschäfte (Überblick) - Fortbestehen der Arbeitsverhältnisse, Betriebsübergang, Kündigung, Freistellung, Insolvenzgeld, Arbeitslosengeld I und II, Gleichwohlgewährung, Sozialplan, Auffanggesellschaft - Insolvenzanfechtung (Überblick)

6. Der Berichtstermin

Zweck und Verlauf

7. Die Masseverwertung

Unbewegliche Gegenstände mit und ohne Absonderungsrecht - bewegliche Gegenstände mit und ohne Absonderungsrecht - Kostenbeiträge einschließlich Umsatzsteuer

8. Feststellung der Forderungen

Forderungsanmeldung - rechtliche Einordnung der Forderungen, Insolvenzforderungen, Aus- und Absonderungsrechte, Masseansprüche, Sozialplanforderungen - Einordnung der Steuerforderungen - der Prüfungstermin - Feststellungsklagen bei bestrittenen Forderungen

9. Verteilung

Abschlagsverteilung - Schlussverteilung - Nachtragsverteilung

10. Verfahrensablauf nach Abschluss der Masseverwertung

Prüfung der Schlussrechnung des Verwalters - Festsetzung der Vergütung, Auslagen und Umsatzsteuer des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder - Schlusstermin - Aufhebung des Insolvenzverfahrens

11. Einstellung des Insolvenzverfahrens

Einstellung mangels Masse - Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit

12. Insolvenzplanverfahren (Überblick)**13. Die Eigenverwaltung**

Voraussetzungen - Rechtsstellung des Sachwalters - Rechtsstellung des Schuldners

14. Die Restschuldbefreiung

Antrag des Schuldners - Rechtsstellung des Treuhänders - Ankündigung der Restschuldbefreiung - die „Wohlverhaltensphase“- Entscheidung über die Restschuldbefreiung - Wirkungen der Restschuldbefreiung - funktionelle Zuständigkeit

15. Besonderheiten im Gesellschafts-, Vereins- und Genossenschaftsinsolvenzverfahren**16. Das Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren**

Betroffener Schuldnerkreis - außergerichtliche Schuldenbereinigung - Eröffnungsantrag des Schuldners, Inhalt, Anlagen - Kostenstundung - gerichtliches Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan - vereinfachtes Insolvenzverfahren

17. Besondere Arten des Insolvenzverfahrens

Nachlassinsolvenzverfahren - Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft - Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft

Justizverwaltung und Organisationswesen

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen die Strukturen des öffentlichen Dienstes kennen lernen. Darüber hinaus werden ihnen die Grundprinzipien des Organisations- und Haushaltswesens vermittelt. Eingebunden ist die Thematik in verwaltungsverfahrensrechtliche und materiellrechtliche Zusammenhänge.

Da immer mehr Studienabgänger in der beruflichen Praxis mit Fragen des Justizmanagements konfrontiert sind, treten als Lerninhalte Kommunikationstechniken sowie Gesprächsführung und Mitarbeiterauswahl und Führungsprinzipien hinzu.

Den Studierenden der Rechtspflege soll in den Lehrveranstaltungen die Bedeutung wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse für das Verstehen der marktwirtschaftlichen Ordnung und das gewinnorientierte Handeln von Unternehmen sowie die zunehmende Bedeutung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten im Bereich der Justiz und der damit verbundenen Entwicklung hin zur dezentralen Ressourcensteuerung verständlich gemacht werden.

Die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse ist zudem förderlich für die Erfüllung spezifischer Rechtspflegeraufgaben im Bereich des Familienrechts, des Insolvenzrechts und des Registerrechts.

Dazu werden volkswirtschaftliche Zusammenhänge in ihren Grundzügen und Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der öffentlichen Betriebswirtschaftslehre dargestellt.

Justizverwaltung

1. Der öffentliche Dienst

Dienstrechtliche Stellung der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers - Beamtenbegriff und Beamtenverhältnis - Besoldung - Nebentätigkeiten - Disziplinarrecht - Mitwirkungsrechte - Rechte der Schwerbehinderten

2. Verwaltungsrecht

Hoheitliches Handeln - Wesen der Verwaltung - Verwaltungsorganisation - Verwaltungsakt - Rechtsschutz

3. Organisation und Haushalt

Planungs- und Entscheidungsprozesse - Organisationsziele und Organisationsgewalt - Organisation der Justizbehörden - Haushaltsplan - Ausstattung der Verwaltung

4. Justizmanagement

Bürger und Justiz - Kommunikationstechniken und Gesprächsführung - Führungsstile - Mitarbeiterauswahl - Beurteilungswesen - Konfliktmanagement

Wirtschaftswissenschaften

5. Grundlagen der Volkswirtschaftslehre

Wirtschaftsordnungen - volkswirtschaftliche Sektoren - volkswirtschaftliche Kreislaufprozesse - Wirtschaftspolitik - öffentliches Haushaltswesen - ökonomisches Prinzip

6. Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre

Betriebliche Produktionsfaktoren - Rechtsformwahl - Erfolgsbildung - Wirtschaftlichkeit - Erfolgsmessung - Erfolgsverwendung

7. Grundlagen des Rechnungswesens in Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung

Dokumentations- und Kontrollaufgaben - Einzahlungs- Auszahlungsrechnung - Einnahme- Ausgaberechnung - Aufwands- und Ertragsrechnung - Kosten- und Leistungsrechnung - Inventur - Inventar - Bilanz - kalkulatorische Vermögensrechnung - doppelte Buchführung als Finanzbuchführung (Geschäftsbuchführung) und Betriebsbuchführung (Kosten- und Leistungsrechnung) - Kameralistik - Budgetierung

8. Geschäftsbuchführung und Jahresabschluss von Unternehmen

Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung - Bewertungsmaßstäbe - Buchungen auf Bestandskonten - Buchungen auf Erfolgskonten - Gewinn- und Verlustrechnung - Jahresabschluss - Jahresabschlussanalyse

9. Kosten- und Leistungsrechnung in Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung

Kostenrechnungssysteme - Kostenrechnung auf Vollkostenbasis: Kostenartenrechnung (Einzel- und Gemeinkosten) - Kostenstellenrechnung - Kostenträgerstückrechnung - Kalkulationsverfahren - Prozesskostenrechnung

Kostenrechnung auf Teilkostenbasis: Kostenartenrechnung (fixe und variable Kosten) - Kostenverläufe - Gewinnschwelle - Kostenträgerrechnung auf Teilkostenbasis

10. Controlling in der öffentlichen Verwaltung

Aufgaben des Controlling; Planung, Steuerung und Überwachung - strategisches und operatives Controlling - Controllinginstrumente - Investitions- und Finanzcontrolling

Registerrecht

Vorbemerkung

Das fachwissenschaftliche Studium des gesamten Registerrechts soll den Studierenden die für ihre Berufspraxis als Registerrechtspflegerin oder Registerrechtspfleger benötigten besonderen Rechtskenntnisse vermitteln. Dabei werden Querverbindungen zu bereits bekannten Rechtsgebieten wiederholt und neue fachübergreifende Bezüge, vor allem zu verfahrens-, verwaltungs- und kostenrechtlichen Vorschriften hergestellt. Soweit dies zum Verständnis des Sonderrechtsgebietes „Registerrecht“ notwendig ist, schließt der Lehrstoff die Erläuterung außerrechtlicher Grundbegriffe und Fakten - z.B. des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens - ein.

Der Inhalt des Lehrplans wurde bewusst offengehalten. Neue Studieninhalte ergeben sich aus der intensiven Rechtsfortbildung durch Rechtsprechung und Wissenschaft gerade im Fach „Registerrecht“, besonders aber aus dem ständig an Bedeutung zunehmenden, übergeordneten, europäischen Recht.

Wesentliches Ziel des Unterrichts soll es neben der Wissensvermittlung auch sein, die Studierenden zu befähigen, die erworbenen theoretischen Kenntnisse unter Einsatz effektiver Arbeitsmittel in sachgerechte Entscheidungen umzuformen, die inhaltlich eindeutig und in einer für den rechtssuchenden Bürger verständlichen, klaren Sprache abgefasst sind. Eingebunden in dieses Lernziel ist auch die Schulung von Eintragungsverfügungen.

1. Gründung eines Vereins

Der Verein als Personenzusammenschluss - Gründungsvertrag, Vereinszweck, Schaffung einer körperschaftlichen Organisation, Aufstellung einer Satzung als Vereinsverfassung, Aktiv-, Passivlegitimation

Gründervereinigung (BGB-Gesellschaft), Vorverein, nicht rechtsfähiger Verein, rechtsfähiger Verein (wirtschaftlicher Verein, Idealverein)

2. Die Satzung

Inhaltserfordernisse: Muss- und Sollvorschriften

3. Der eingetragene Verein

Ersteintragung, Anmeldung, Prüfung der Anmeldung durch das Registergericht, Zwischenverfügung, Satzungsänderungen, Hinweis auf das Vereins- und Parteiengesetz sowie einschlägige Artikel des Grundgesetzes

Begriffspaar: deklaratorisch - konstitutiv, Veröffentlichungen, Einrichtung und Öffentlichkeit des Registers, negative Publizität - Haftung für Vereinsschulden

4. Die Mitglieder und die Mitgliederversammlung

Rechte und Pflichten der Mitglieder - Aufgaben der Mitgliederversammlung, Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen, Minderheitenrechte

Austritt / Ausschluss aus dem Verein

5. Der Vorstand

Aufgaben des Vorstands - gesetzliche Vertretung, Mehrheitsvertretung nach Maßgabe der Satzung, Vertretungsmacht im Rahmen des Vereinszwecks

Vorstandsänderungen - „Notvertreter“ - der „besondere Vertreter“

6. Beendigung des Vereins

Verlust der Rechtsfähigkeit, Auflösung, Liquidation, Amtslöschung, Vereinigung mehrerer Vereine

7. Der nicht rechtsfähige Verein

Haftung der Mitglieder für Vertragsschulden, Beschränkung der Haftung auf das Vereinsvermögen durch Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstands, persönliche Haftung des für den Verein Handelnden

8. Begriff des Kaufmanns

Handelsgewerbe - Gewerbe - Istkaufmann - Kannkaufmann - Einzelkaufmann - Gesellschaftskaufleute - der Minderjährige als Kaufmann

9. Begriff der Firma

Abgrenzung zum Handelsgeschäft - Entstehung der Firma - Bildung der Firma des Einzelkaufmanns und der (Personen-)Gesellschaften - Unterscheidbarkeit von anderen Firmen

10. Eintragungsverfahren

Kreis der zulässigen Eintragungen - eintragungspflichtige und eintragungsfähige Tatsachen - Anmeldepflicht - Form der Anmeldung und Zeichnung - Prüfungspflicht des Registergerichts - Errichtung und Organisation des Handelsregisters - Zuständigkeiten - Öffentlichkeit des Handelsregisters - Öffentliche Bekanntmachung - Ersteintragungsübung

11. Aufgabe des Handelsregisters

Einrichtung und Funktion des Handelsregisters - sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit - eintragungsfähige Tatsachen, Anmeldung, Zeichnung und Eintragung, Benachrichtigung, Mitteilung, Bekanntmachung - Eintragungen von Amts wegen - Amtslöschungsverfahren

Überwachungspflicht - Mithilfe der Organe des Handelsstandes - Anmeldezwang - Zwangsverfahren im Handelsregister - Bedeutung und Rechtswirkung der Eintragung - Kaufmann kraft Eintragung

12. Firmengebrauch und Firmenschutz

Einschreiten des Registergerichts - Firmenmissbrauchsverfahren - Aussetzung und Unterbrechung des Verfahrens

13. Die Offene Handelsgesellschaft

Rechtsnatur - Ersteintragung - Vertretungsarten der Gesellschafter - Haftung - Gesellschafterwechsel - Gesellschafterwechsel bei Erbfolge - Auflösung / Liquidation - Eintragungsübungen

14. Die Kommanditgesellschaft

Rechtsnatur - Unterschiede zur OHG - Gesellschafterwechsel - Übertragung des Kommanditanteils - Haftung der Kommanditisten - Tod des Kommanditisten - Gesellschafterstellungswechsel - Auflösung/Liquidation - Eintragungsübungen

15. Spätere Eintragungen

Firmenänderung - Sitzverlegung - Zweigniederlassung (auch bei GmbH/AG) - Zweigniederlassungen ausländischer Kapitalgesellschaften im Inland - Prokura - Erteilung, Umfang, Anmeldung, Erlöschen - Eintragungsübungen

16. Inhaberwechsel

Veräußerung des Handelsgeschäfts - Fortführung der Firma

17. Eintragungen von Amts wegen

Gründe - Löschung von Amts wegen - Löschung unzulässiger Eintragungen

18. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Grundform aller Personengesellschaften - Entstehen durch Gesellschaftsvertrag - Mängel des Gesellschaftsvertrages - Innen- und Außenverhältnis - Vertretung - Haftung - Ausscheiden eines Gesellschafters - Ausschluss eines Gesellschafters - Eintritt eines Gesellschafters - Gesellschafterwechsel

19. Das Umwandlungsrecht bei Beteiligung von Personengesellschaften

Arten der Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz - Umwandlungsvorgänge unter Beteiligung von Personengesellschaften - Verschmelzung durch Aufnahme - Anmeldung und Eintragung beim übertragenden Rechtsträger - Anmeldung und Eintragung beim übernehmenden Rechtsträger - Verschmelzung durch Neugründung - Spaltungsvorgänge unter Beteiligung von Personengesellschaften - Formwechsel unter Beteiligung von Personengesellschaften

20. Begriff der juristischen Person, Überblick über die jur. Personen des Privatrechts

Die Kapitalgesellschaften

21. Die Aktiengesellschaft

Rechtsnatur der AG, historische und rechtliche Entwicklung, wirtschaftliche Bedeutung, Begriff der Aktie - Gründungsstadien und Gründungstechnik, Einheitsgründung, einfache und qualifizierte Gründung - Vorgründungsgesellschaft, Vor-AG, Kontinuität zur AG, Gründungsmängel und ihre Heilung - Anmeldung und Ersteintragung der AG - die Organe der AG, Aufsichtsrat, Vorstand, Hauptversammlung - Rechtsstellung des Aktionärs - Aufgaben des Amtsgerichts nach der Ersteintragung der AG-Entscheidungen auf Antrag und von Amts wegen, Eintragungen mit konstitutiver - Wirkung, Bestellung und Berufung von Organmitgliedern (Aufsichtsrat, Vorstand, besondere Vertreter, Registereintragungen), Ausschluss von Minderheitsaktionären („Squeeze-out“) - Nachgründung, Satzungsänderungen und ihre Eintragung - Unternehmensverträge, eingegliederte Gesellschaften - Sonderfall Kapitalerhöhung, einschließlich Euro-Umstellung, gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmittel, genehmigtes Kapital, bedingtes Kapital - Sonderfall Kapitalherabsetzung (ordentliche, vereinfachte, durch Einziehung von Aktien) - sonstige Eintragungen mit konstitutiver Wirkung, Eintragungen mit deklaratorischer Wirkung - Bestellung von Gründungs-, Abschluss- und Sonderprüfern, sonstige Tätigkeiten des Gerichts ohne Eintragung - Beendigungstatbestände Auflösung und Abwicklung (einschließlich Bestellung und Abberufung von Abwicklern), Fortsetzung einer aufgelösten AG, Schluss der Abwicklung und Nachtragsabwicklung - Sonderform Investmentaktiengesellschaft, REIT-AG

22. Die europäische Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE)

Geschichte und Grund der Entstehung der Gesellschaftsform, Verbreitung und Bedeutung, Rechtsgrundlagen, Formen der Errichtung, Anmeldung, Eintragung und Bekanntmachung mit praktischen Beispielen, Änderungen bei bestehender SE, Auflösung und Abwicklung

23. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien (Überblick)

Rechtsnatur, Entstehungsgeschichte und wirtschaftliche Bedeutung - Gründung, Anmeldung und Eintragung - der persönlich haftende Gesellschafter, die Kommanditaktionäre - Hauptversammlung und Aufsichtsrat - Beendigungstatbestände

24. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Rechtsnatur, rechtsgeschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der GmbH - Entstehung der GmbH durch Umwandlung und Gründung - Gründungsverfahren - Vorgründungsstadium, Haftung der Gesellschafter in der Gründungsphase, Vor-GmbH, Haftung der Vor-GmbH, Feststellung der Satzung, notwendige und fakultative Satzungsbestandteile - Bestellung der Gesellschaftsorgane - Aufbringung des Haftungskapitals, Bar- und Sachgründung, Entstehen der GmbH als jur. Person durch Eintragung im Handelsregister, 1-Mann-GmbH Ersteintragung der GmbH - Differenzhaftung, Unterbilanzhaftung, Verlustdeckungshaftung, Handelndenhaftung, GmbH-Haftung - Mitgliedschaft und Geschäftsanteil, Übertragung, Verpfändung, Pfändung, Vererbung, Einziehung des Geschäftsanteils - Gesellschafterwechsel und wirtschaftliche Neugründung - Austritt, Ausschluss eines GmbH-Gesellschafters - die GmbH-Organe - Geschäftsführer - Begriff der Fremdorganschaft, Aufgaben und Haftung des Geschäftsführers, Bestellung, Anstellung, Abberufung des Geschäftsführers, Gesamtvertretung und Vertretungsmacht - Eintragung des Geschäftsführerwechsels - Gesellschafterversammlung, Aufgaben, Einberufung und Durchführung, Willensbildung, Stimmrecht, fehlerhafte Beschlüsse - Aufsichtsrat, Begriff, obligatorischer und fakultativer Aufsichtsrat, betriebliche und Unternehmensmitbestimmung in Kapitalgesellschaften - Finanzverfassung der GmbH - Aufbringung und Erhaltung des Stammkapitals, Ausfallhaftung, Nachschusspflicht, Eigenkapitalerhaltung, Gesellschafterdarlehen, Satzungsänderungen - Anmeldung und Eintragung - Sitzverlegung - Unternehmensverträge (Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträge) - Sonderfall Kapitalerhöhung einschließlich Euro-Umstellung, gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmitteln - Sonderfall Kapitalherabsetzung (ordentliche, vereinfachte) Auflösung und Fortsetzung der GmbH

25. Die Unternehmergeellschaft („Mini-GmbH“ / „1-Euro-GmbH“)

26. Hinweis auf die zum Jahre 2010 kommende „Europa-GmbH“ Societas Privata Europaea (SPE) und ihre Struktur

27. Überblick über das GmbH-Konzernrecht, GmbH & Co

Zulässigkeit, Typen, Gestaltungsvorteile, wirtschaftliche Bedeutung - Errichtung der GmbH & Co KG, Vor-GmbH als Komplementär, Anmeldung zum und Eintragung in das Handelsregister - Organisation der GmbH & Co KG - Kapitalaufbringung, Kapitalsicherung, Haftung - Beendigungstatbestände

28. Die eingetragene Genossenschaft

Kaufmann im Sinne des HGB - Mitgliedschaft - Organe - Kapital - Haftung - Auflösung und Nichtigkeit - das Genossenschaftsregister

29. Das Umwandlungsrecht bei Beteiligung von Kapitalgesellschaften

Numerus clausus der Umwandlungsvorgänge - Umwandlungen unter Beteiligung von GmbH's Verschmelzung durch Aufnahme - Kapitalerhöhung und Eintragsreihenfolge - Anmeldung und Eintragung beim übertragenden Rechtsträger - Anmeldung und Eintragung beim übernehmenden Rechtsträger - Verschmelzung durch Neugründung - grenzüberschreitende Verschmelzung §§ 122 a ff. UmwG - Besonderheiten bei Beteiligung von AG's - Spaltung unter Beteiligung von GmbH's - Aufspaltung zur Aufnahme - Aufspaltung zur Neugründung - Abspaltung zur Aufnahme - Abspaltung zur Neugründung - Ausgliederung zur Aufnahme - Ausgliederung zur Neugründung - Besonderheiten bei der Beteiligung von AG's - Vermögensübertragung - Formwechsel: mit/ohne Sitzverlegung, unter Beteiligung einer AG, unter Beteiligung einer Personenhandelsgesellschaft - Festsetzung der Kosten für Treuhänder

30. Der Jahresabschluss der Kapitalgesellschaften / Genossenschaften

Funktion und Aufbau der Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht - die größenabhängigen Erleichterungen - von der Aufstellung bis zur Offenlegung des Jahresabschlusses - Prüfungspflichten des Registergerichts

31. Andere Gesellschaften

Partnerschaftsgesellschaft - EWiV - Besonderheiten - registerrechtliche Behandlung

Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen die theoretischen Kenntnisse erlangen, die dazu notwendig sind, die Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in den Verfahren der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung selbständig wahrzunehmen.

Hierbei sollen sie insbesondere ein fundiertes Wissen über die Voraussetzungen und den Ablauf der Zwangsversteigerung erwerben und sich in die Durchführung und den Ablauf des Versteigerungstermins und die Erlösverteilung gründlich einarbeiten.

Die Studierenden sollen weiterhin einen Überblick über die Zwangsverwaltung gewinnen und auch insoweit insbesondere mit dem Verteilungsverfahren vertraut werden.

Außerdem sollen sie die speziellen Regelungen der Versteigerung in besonderen Fällen kennen lernen und dazu befähigt werden, das erlangte Wissen in praktischen Übungen anzuwenden.

1. Allgemeine Grundlagen

ZVG als Teil des 8. Buchs der ZPO - die verschiedenen Vollstreckungsmöglichkeiten in das unbewegliche Vermögen - Gegenstände der Versteigerung - Grundsätze des Zwangsversteigerungsverfahrens - persönliche und dingliche Ansprüche

2. Anordnungs- und Beitrittsverfahren

Anordnungsvoraussetzungen - Zuständigkeit - Anordnungsbeschluss - Maßnahmen aus Anlass der Anordnung - Beitrittsantrag und Beitrittsbeschluss - Verbindung von Verfahren bei mehreren Grundstücken - Anordnungs- und Beitrittskosten

3. Der Zwangsversteigerung entgegenstehende Rechte**4. Die Beschlagnahme**

Wirksamwerden der Beschlagnahme - Wirkungen der Beschlagnahme - Umfang der Beschlagnahme

5. Behandlung von Grundstückszubehör in der Zwangsversteigerung

Einstweilige Einstellung bzw. Aufhebung des Verfahrens hinsichtlich Zubehörs - Mitversteigerung fremden Zubehörs - Ansprüche des Zubehöreeigentümers nach Zuschlagserteilung

6. Die Zustellungen im Zwangsversteigerungsverfahren

Zustellung durch Aufgabe zur Post - Zustellungsbevollmächtigte - Zustellungsvertreter - Entschädigung des Zustellungsververtreters

7. Einstweilige Einstellung des Verfahrens auf Bewilligung des Gläubigers

Einstellungsbewilligung - Fortsetzung des Verfahrens - Aufhebung des Verfahrens - Rücknahme des Versteigerungsantrages - Einfluss der einstweiligen Einstellung und Aufhebung des Verfahrens auf die Beschlagnahme

8. Einstweilige Einstellung auf Antrag des Schuldners oder des Insolvenzverwalters

Einstellungsentscheidungen - Einstellungsmöglichkeiten nach anderen gesetzlichen Vorschriften

9. Mietverhältnisse

Einfluss der Beschlagnahme und der Zuschlagsentscheidung auf bestehende Mietverhältnisse - Ermittlung und Belehrung der Mieter durch das Gericht - Voraussetzungen über Miet- und Pachtzinsen - Kündigungsrecht des Erstehers

10. Die Verkehrswertermittlung und Festsetzung

Bedeutung des Verkehrswertes - Zeitpunkt der Wertfestsetzung - Möglichkeiten der Wertermittlung - Festsetzungsbeschluss - Rechtskraft des Beschlusses gegenüber später beitretenden Gläubigern

11. Bestimmung des Versteigerungstermins

Inhalt der Terminbestimmung - zu beachtende Fristen - Bekanntmachung und Zustellung - Folgen einer inhaltlich falschen Terminbekanntmachung oder bei Fristverstößen

12. Die Rangordnung der verschiedenen Ansprüche

Abgrenzung der laufenden wiederkehrenden Leistungen von rückständigen - verschiedene Fälligkeiten wiederkehrender Leistungen

13. Der Ablauf des Versteigerungstermins

Bekanntgabe der Grundstücksnachweisungen - Behandlung von Anmeldungen - Bekanntgabe der Versteigerungsbedingungen - Dauer der Bietungszeit - Anhörung der Beteiligten über den Zuschlag - Zuschlagsentscheidung im Versteigerungstermin

14. Geringstes Gebot

Mehrere betreibende Gläubiger - verspäteter Beitritt - einstweilige Einstellung auf Bewilligung des bestrangig betreibenden Gläubigers - persönlich betreibender Gläubiger im geringsten Gebot - Rangverhältnis zwischen persönlich betreibenden Gläubigern und nachträglich eingetragenen dinglichen Rechten - wiederkehrende Geld- bzw. Naturalleistungen - bedingte Rechte - Vormerkungen und Widersprüche - Rangänderungen und Rangvorbehalt - gesetzliche Rangvorschriften außerhalb des ZVG - verschiedene Fälligkeiten von wiederkehrenden Leistungen - einmalige und wiederkehrende öffentliche dingliche Lasten - unverzinsliche Grundschuld - Zwangssicherungshypothek - Arresthypothek - Höchstbetragssicherungshypothek - Eigentümergrundschulden - Teilabtretungen - Behandlung von Lasten und Beschränkungen, die in

Abteilung II des Grundbuchs eingetragen sind - Geringste Gebote bei mehreren Grundstücken, Einzel-, Gruppen- und Gesamtausgebote - Verteilung von Gesamthypotheken

15. Sicherheitsleistung

Zweck, Art und Höhe der Sicherheitsleistung - Folgen mangelhafter Sicherheitsleistung - Behandlung der geleisteten Sicherheiten und deren Verwertung

16. Bietungsvollmacht und Stellvertretung

17. Auswirkung von Zahlungen

Zahlungen des Schuldners oder eines Dritten im und außerhalb des Versteigerungstermins bzw. nach Zuschlagserteilung vor dessen Rechtskraft - Einstellung wegen Deckung des Gläubigers aus dem Einzelausgebot

18. Einstweilige Einstellung und Aufhebung des Verfahrens wegen Mangels an Geboten

19. Der Zuschlag

Möglichkeiten der Zuschlagsversagung wegen niedriger Gebote - weitere Versagungsgründe und deren Heilung - Inhalt des Zuschlagsbeschlusses und seine rechtlichen Wirkungen - Wirksamwerden des Zuschlages - Anfechtung des Zuschlagsbeschlusses

20. Zuschlagserteilung bei offener und verdeckter Stellvertretung sowie bei Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot

21. Abweichende Versteigerungsbedingungen

22. Der Verteilungstermin und das Ersuchen an das Grundbuchamt

Umfang der Teilungsmasse - Teilungsmasse bei besonderer Versteigerung oder anderweitiger Verwertung - Verwertung der Bietungssicherheit - Verzinsung des Bargebots bei geleisteter Bietungssicherheit oder bei Hinterlegung des Bargebots durch den Ersterer unter Verzicht auf das Recht der Rücknahme - Behandlung der Verfahrenskosten - verspätete Anmeldungen - Ersatzansprüche für durch Zuschlag erloschene Rechte der Abteilung II des Grundbuchs - Höchstbetrag des Wertersatzes -

bedingte und betagte Ansprüche - die nicht valutierte Grundschuld - unbekannte Berechtigte (insbesondere bei Briefrechten) - Teilungsplan bei Einzel- und Gesamtausgebot - Ersuchen an das Grundbuchamt

23. Ausführung des Teilungsplanes bei Nichtzahlung des Versteigerungserlöses

24. Anfechtung des Teilungsplanes

Sofortige Beschwerde - Widerspruch - Zulässigkeitsprüfung bei Widerspruch und das weitere Verfahren bei zulässigem Widerspruch

25. Zuzahlungspflicht des Erstehers und das damit verbundene weitere Verfahren

26. Vereinbarung nach § 91 Abs. 2 ZVG , Befriedigungserklärung von Anspruchsberechtigten

27. Löschungsvormerkung und gesetzlicher Lösungsanspruch bei bestehen bleibenden und erloschenen Rechten

28. Die Wiederversteigerung

Vollstreckungsvoraussetzungen für die Wiederversteigerung aus der übertragenen persönlichen und dinglichen Forderung - Besonderheiten bei der Feststellung des geringsten Gebotes und im Verteilungsverfahren

29. Das Verfahren bei unbekanntem Berechtigten

30. Einigung der Beteiligten über die Verteilung des Erlöses - außergerichtliche Befriedigung der Berechtigten durch den Ersteher

31. Die Zwangsverwaltung

Zweck der Zwangsverwaltung - Gegenstände und Anordnungsvoraussetzungen - Auswirkung eines Nießbrauchs auf die Zwangsverwaltung - Anordnungsbeschluss und Anordnungskosten - einstweilige Einstellung des Zwangsverwaltungsverfahrens

32. Die Beschlagnahme

Wirksamwerden und Umfang der Beschlagnahme - Einfluss von Vorausverfügungen und Pfändungen auf die Beschlagnahme der Mieten

33. Der Zwangsverwalter

Rechtsstellung und Aufgaben des Zwangsverwalters - Verordnung über die Geschäftsführung der Zwangsverwalter - Institutsverwalter und Schuldner als Verwalter

34. Rangfolge der Ansprüche in der Zwangsverwaltung**35. Der Verteilungstermin**

Bedeutung und Gliederung des Teilungsplans - Ablauf des Termins - Zahlungsanordnung an den Zwangsverwalter - Protokoll, Aufstellung und Anfechtbarkeit des Teilungsplanes - Vorschüsse des betreibenden Gläubigers zur Erhaltung des Grundstücks - die Verfahrenskosten - wiederkehrende, rückständige und laufende öffentliche Lasten - einmalige öffentliche Lasten - Hypotheken und Grundschulden mit verschiedenen Fälligkeiten - Eigentümergrundschuld - Vormerkungen

36. Änderung des Teilungsplanes**37. Ausführung des Teilungsplanes und Grundbuchersuchen****38. Ende des Zwangsverwaltungsverfahrens**

Aufhebung der Zwangsverwaltung - das Nebeneinander von Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung - Rechnungslegung durch den Zwangsverwalter und Festsetzung seiner Entschädigung

39. Die Zwangsversteigerung eines Grundstücks zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft

Antragsberechtigung - Teilungsausschluss - Anordnungsbeschluss, Kosten der Anordnung - Einstellungsverfahren - Grundsätze des geringsten Gebotes bei Bruchteils- und Gesamthandsgemeinschaften - Verteilung des Versteigerungserlöses und Behandlung des Erlösüberschusses - Behandlung des Vorkaufsrechtes

40. Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters und auf Antrag eines Erben